

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Sie ist gegründet, DIE LINKE. Der Bundespartei folgte die Konstituierung des Berliner Landesverbandes und im September folgt dieser Bezirksverband mit Wahl des Bezirksvorstands Marzahn-Hellersdorf. Gedanken zur Gründung Seiten 1/2

Neu! Die Jugendseite. In jeder Ausgabe dieses Infoblattes wird künftig der Jugendverband zu Wort kommen, mit Themen, die Junge, und nicht nur die, interessieren. Mitmachen ist erlaubt, einfach bei den Autoren melden! Seite 4

Dieses „S“ bleibt rot! Eine gute Nachricht für Berlin, für die Beschäftigten der Landesbank, kleine und mittelständische Unternehmen und für die 1,9 Millionen Kunden der Berliner Sparkasse. Und nicht nur für diese! Seite 6

Uns ändernd schreiten wir voran!

Am 16. Juni vollendete sich nach zwei Jahren der Vereinigungsprozess unserer neuen Partei DIE LINKE. Mit dem

Gründungsparteitag im Estrel hat unsere Arbeit aber erst begonnen. Wie Klaus Lederer in seinem Brief an die Mitglieder geschrieben hat: „Wir beginnen nicht bei Null, aber wir werden auch nicht einfach so weiterarbeiten wie bisher.“ Auch in Berlin und im Bezirk stehen wir vor den vier Baustellen, die Lothar Bisky in seinem Referat auf der letzten Tagung des

letzten Parteitages der Linkspartei.PDS am 15. Juni klar benannt hat. Wir müssen den Schwung der Neugründung zur Mitgliedergewinnung und für den Parteauf- bzw. umbau nutzen. Wir müssen inhaltliche Schwerpunkte setzen – in der Partei und in der gesellschaftlichen Diskussion. Wir müssen uns darauf einstellen, die Wahlen in Ost und West in den kommenden Jahren politisch und personell zu unterstützen. Schließlich stehen wir auch in der Verantwortung, uns aktiv in die Programm-Entwicklung einzubringen. Wenn wir alle aktiv und gemeinsam auf die-

sen vier Baustellen anpacken, wird DIE LINKE mehr werden als die Summe ihrer Teile und ein kurzer Aufreger für die bürgerlichen

Auch in einem „Stammbezirk“ wie Marzahn-Hellersdorf gibt es viele Menschen, die man noch für die Mitarbeit in der neuen Partei gewinnen kann. Wenn es

uns gelingt, den Schub der Parteigründung auch in die Bezirke zu tragen, dann können wir wirklich sagen: „Wir sind gekommen, um zu bleiben!“

Hassan Metwally
Mitglied des Landesvorstands

*) *Ejército Zapatista de Liberación Nacional* (deutsch: „Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung“): linke, sozialrevolutionäre Bewegung in Mexiko.



Parteien. Nur dann wird DIE LINKE zu einer starken, vitalen Kraft links von der Sozialdemokratie werden, die ernsthaft sozialistische Ideen ausbauen und weiterdenken und schließlich auch die Systemfrage stellen kann. In Abwandlung einer zapatistischen *) Parole muss unsere Losung sein: „Uns ändernd schreiten wir voran!“ Wo es nötig ist, müssen wir auch mit lieb gewonnenen Gewohnheiten brechen, ohne unsere Herkunft zu verleugnen. Auch als starker Bezirksverband müssen wir gemeinsam überlegen, was DIE LINKE anders machen kann und muss als die alte PDS.

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Christian Schwinge / Petra Pau: Ziemlich rauher Ton!

Seite 3:

Verlorene Träume / „Maheli“ nach der Mitgliederbefragung

Seite 4:

BVV vor der Sommerpause / Info-Splitter / Kurz berichtet aus dem BV

Seite 5:

Blick aus dem Bürgermeisterinnenamt / Wem gehört die Stadt?

Seite 6:

Diese „S“ bleibt rot! / Post an uns / Siedlungsgebiete

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Zur Person: Christian Schwinge

Jugend und Parteiarbeit?

Christian Schwinge zeigt, dass sich das nicht ausschließen muss. Einen Monat vor der Parteigründung der LINKEN kam es zur Neugründung des parteinahen bzw. Partei-Jugendverbandes Die Linksjugend [´solid]. Eines ihrer Mitglieder ist der Marzahner Christian Schwinge.

Aufgewachsen ist der 23-Jährige im Springpfuhlkiez und wohnt auch heute gern dort. Seit sechs Jahren ist der politisch und besonders an Parteiarbeit interessierte Mitglied der PDS, jetzt der LINKEN. Auf die Frage, wie es kam, dass er anfing, sich für linke Politik zu interessieren, sagt Christian, dass die gesellschaftliche Entwicklung allgemein und der Krieg in Afghanistan speziell dafür gesorgt hätten. 2001 ging er mit einem Freund zu [´solid]. Die Möglichkeit, linke jugendliche Politik zu machen, trug dazu bei, dass er politisch aktiv wurde.



Christian Schwinge

Foto: M. Richter-Kastschajewa

Nach Berufsausbildung, Zivildienst bei der Volkssolidarität, Fach- und allgemeinem Abitur will Christian Volkswirtschaft studieren. Er interessiert sich vor allem für globale Zu-

sammenhänge, Gesetzmäßigkeiten und die Verbindung linker Theorien mit der Ökono-

mie. So könnte er sich eventuell auch seine spätere Mitarbeit in der Partei vorstellen. Zurzeit zählt für Christian die geistige Beschäftigung mit Links und der realen Umwelt, denn seiner Ansicht nach ist es notwendig,

linke Politik an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen, damit sie die Menschen noch besser anspricht. Aktiv beteiligt er sich an Wahlkampf- oder Infoständen, bei der Gestaltung von Flyern, bei der Vorbereitung von Veranstaltungen, wie dem Treffen von Jugendlichen der verschiedenen Gruppen des neuen Jugendverbandes, wo u.a. diskutiert werden soll, wie parteinah oder -fern die Linksjugend sein soll. Um die Gräben zwischen den unterschiedlichen Gruppen zu überwinden und zur Mitgliedergewinnung wollen die Jugendlichen neue Wege beschreiten. Die Partei braucht nach Christians Meinung vor allem mehr junge aktive Mitstreiter. Weitere Schwerpunkte sieht Christian in der Öffentlichkeitsarbeit und der Vernetzung verschiedener linker Gruppierungen im Bezirk, denn alle können davon profitieren, dass sie unterschiedliche Politikansätze haben.

Er ist überzeugt, dass viele Jugendliche politisch interessiert sind, aber glauben, dass die Parteien nichts ändern können. Darum ist es so wichtig, dass wir das, was wir erreicht haben, besser vermarkten.

Zukünftig will Christian auch den Kontakt zu seiner BO suchen, die älteren Genossen unterstützen und von ihren Erfahrungen profitieren.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB): Ziemlich rauer Ton!

Seit DIE LINKE Mitte Juni das Licht der Bundesrepublik erblickt hat, ist der Ton auf der politischen Bühne rauer geworden. Insbesondere die Unionsparteien reaktivieren ihr Vokabular aus dem Kalten Krieg. Aber nicht nur sie. Auch die anderen Parteien rüsten verbal auf, im Bundestag und vor laufenden Kameras.

Da wird der drohende Untergang des Abendlandes beschworen und seiner Demokratie.

jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:

http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

DIE LINKE wird mit der NPD und ihren schlagenden Kameraden gleichgesetzt. Schließlich erschallt der Ruf nach dem Verfassungsschutz, weil DIE LINKE das System überwinden wolle. Das gehöre sich nicht und deswegen müssten der Linkspartei die Werkzeuge gezeigt werden, meint CDU-Generalsekretär Pofalla.

Er ist vergesslich. Oder er kennt seine eigene Partei nicht. Im Oktober 1996 fand ein Parteitag statt. Ein prominenter Redner beklagte die „Krise des Systems“ und er forderte den „Umsturz aller Verhältnisse“. Wurde er seither vom Verfassungsschutz observiert? Gott

sei dank nicht. Er hatte seine Meinung gesagt, mehr nicht. Und die Delegierten tobten vor Begeisterung. Auch das ist erlaubt. Der Redner hieß übrigens Peter Hintze und war seinerzeit Generalsekretär der CDU.

Ob Parteien vom Verfassungsschutz heimgesucht werden oder nicht, muss also andere Ursachen haben, als die pure Kritik am System. So, wie auch die Kritiker selbst sehr unterschiedliche Motive haben. DIE LINKE will die Dominanz des Kapitals über alle anderen Lebensverhältnisse brechen. Pfarrer Hintze indes wollte alle Schranken einreißen, die dem Kapital im Wege standen.

Zugegeben: Die CDU war mit ihren „Umsturz“-Plänen bisher erfolgreicher, als die Linkspartei. Sie hatte auch verlässlichere Helfer. Doch nun beginnen die Verhältnisse ein wenig zu tanzen. Mit ihrer Gründung wurde DIE LINKE schlagartig bundesweit die drittstärkste Partei: nach der Mitgliederzahl, nach der Zahl ihrer Mandatsträger und bei einigen Umfragen auch schon beim Zuspruch potentieller Wählerinnen und Wähler. Das macht die anderen nervös. Gut so.

Deutsche Eierei

Schwer war's, alles umzudrehn in den „neuen Ländern“. Doch das meiste ist geschehn, wenig noch zu ändern.

Und wir Oassis ham kapiert: Wessis sind gescheiter! Nur wer Westliches kopiert, kommt im Leben weiter.

Eins nur ist mir noch nicht klar, Brüderchens und Schwestern: Sagt man „Ostern“ - wie's einst war - oder lieber „Western“?

Wolfgang Reuter

Dies und auch das Folgende gefunden unter www.wolfgang-reuter.com

Mein neues Buch ist da!

Es kann ab sofort bei mir über Kontakt, auf Wunsch auch signiert, oder bei dem Schmöcker-Verlag für NUR 9,90 EUR erworben werden.

Und „Ein Schatz für Anke“ (10,90 Euro ist selbstverständlich auch noch vorrätig.

Mehr in Kürze unter „Mein 2. Buch“.

Euer Wolfgang Reuter

Verlorene Träume.

Aus der Geschichte des Kulturbundes

Im November 2005 fand eine wissenschaftliche Konferenz zum 60. Jahrestag der Gründung des Kulturbundes statt. Der Klappentext des Protokollbandes dieser Konferenz vermerkt:

„Im Jahre 1945 gegründet auf den Ruinen Deutschlands, gingen die Initiatoren des Kulturbundes ans Werk, ein neues Deutschland mit aufzubauen. Die vergangenen Zeiten von Krieg und Faschismus sollten auch auf dem Gebiet von Kunst und Kultur ein für allemal vorbei sein.“

Darüber diskutierten am 12. Juni im Kultur-Gut Marzahn Interessierte mit Zeitzeugen, Aktivisten, Mitgründern und mit den Veranstaltern der o.g. Konferenz, Siegfried Prokop und Dieter Zänker.

Programmatisch war 1945 der Name „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“. Damit war demonstriert, dass die Mission der Demokratisierung nicht nur auf die KPD fokussiert sein sollte und konnte. Das hohe internationale Ansehen Johannes R. Bechers bewirkte die weltanschauliche Breite des Zustroms von Mitgliedern aus der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz vor allem in den ersten Jahren seines Bestehens. Becher verstand den Kulturbund als moralisch-politische Anstalt. Demgegenüber bemühte sich die KPD, den Apparat in

die Hand zu bekommen und konterkarierte damit die Bemühungen Bechers, denn das Demokratieverständnis der Partei und der linksbürgerlichen Intelligenz bot Konfliktstoff. Ab 1948 forderte der Kalte Krieg Opfer in beiden Hemisphären. Stichworte sind hier: Formalismusdebatte im Osten, „Kongress für geistige Freiheit“ in Westberlin, auch Verbote und Diskriminierung des Kulturbunds dort.

Das schrittweise Vordringen autoritärer Demokratieformen in der DDR begleitete der KB kritisch und formulierte 1953 und 1956 Reformvorschläge. Die weit- und tiefgehenden Reformansätze des Jahres 1956 wurden nach den ungarischen Ereignissen im November abgebrochen. 1958 musste der KB seinen Namen in „Deutscher Kulturbund“ ändern, was nicht nur eine formale Angelegenheit war. Der inhaltliche Schwerpunkt lag nun ausschließlich in der Organisation des kulturellen Lebens der DDR-Bevölkerung.

Der 2. Teil des Abends widmete sich der Entwicklung nach 1990. Eine Auflösung lehnten die Mitglieder ab, ihre Zahl schrumpfte gleichwohl enorm, in der alten BRD wurden jedoch neue gewonnen, sodass sie heute 20 000 zählen. Die Tätigkeitsfelder sind vor allem Landesgeschichte und -kultur, Umweltfragen und Hobbybetätigungen.

Dr. Ingrid Matschenz

Jugendzeltlager

in Frankreich –

Vive la Résistance!

4. - 19.8.2007 in Tulle

Bei der internationalen Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ lernten wir Pierre Pranchère kennen, der als Jugendlicher im Alter von 15 Jahren im französischen Widerstand, der Résistance, gegen Hitler-Deutschland kämpfte. Er hat uns und alle antifaschistischen Jugendlichen in Deutschland dazu eingeladen, zu einem Zeltlager in Tulle zusammen zu kommen.

Dort werden wir uns unter anderem mit französischen Jugendlichen treffen, viel über den Kampf der Résistance erfahren, die Gedenkstätte in Oradour-sur-Glane besuchen, uns mit der Situation der Jugend in Deutschland und Frankreich beschäftigen, und natürlich gibt es, was sonst zu einem Zeltlager gehört: Baden, Fußball, gemeinsames Kochen, Abenteuer und Freizeit ...

Lust bekommen, mitzufahren?

Mitfahren kann jede/r ab 14 Jahren.

Normaler Beitrag: 250 Euro

Ermäßigter Beitrag (wenn benötigt): 175 Euro

Auf Hartz IV angewiesene Jugendliche: 75 Euro

Mehr Infos und Anmeldung:

www.himmlichevier.de

„Marzahn-Hellersdorf links“ nach der Mitgliederbefragung

Ein Ergebnis der Mitgliederbefragung war die Feststellung, dass wir unsere Öffentlichkeitsarbeit verbessern müssen, aber auch, dass die Maheli (was im Volksmund für „Marzahn-Hellersdorf links“ benutzt wird) eine wichtige Quelle der Information für unsere Mitglieder ist. Ein Vorschlag der Arbeitsgruppe unter Leitung von Rainer Ferchland wurde dem Bezirksvorstand übergeben.

Als Themen werden vorgeschlagen:

- Mitgliederbefragung – was tun?

- Schließen wir 'nen kleinen Kompromiss ...? (Das Verhältnis von Strategie und Taktik, Erfolge und Niederlagen)

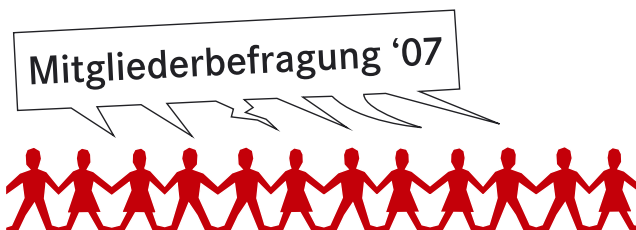
- Ist der Infostand von gestern? (Welchen Nutzen haben traditionelle Formen der Öffentlichkeitsarbeit im Internet-Zeitalter? Wer traut sich raus in die Straßendiskussion?)

- Eine Partei für den Alltag – und was wird aus der Zukunft? (Bleiben im politischen Leben im Bezirk unsere Visionen auf der Strecke?)

- Mit Schlipps und ohne Courage? (Zum Verhältnis von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten)

- Basisfern? (Was können wir von unseren Abgeordneten, Verordneten erwarten? Und was nicht?)

- Haut den Lukas! (Starke Worte – starke Partei? Über unsere politische Kultur in Bezirk und Land).



Klar ist – für das Finden von Antworten auf diese „großen Fragen“ hat der Bezirksvorstand die maßgebliche Verantwortung. Zugleich werden wir diese Antworten nicht von irgendwelchen Weisen erwarten können, die da Bezirksvorstand oder Bezirksverordnete oder Abgeordnete heißen, um Antworten müssen wir alle ringen. Jede und jeder ist aufgerufen, Vorschläge einzubringen und dafür einzutreten. Und wir sollten darauf achten, dass die Diskussionen um die „großen Fragen“ nicht zum Selbstzweck verkommen. Immer müssen wir unser Wirken nach außen im Blick behalten. Deshalb möge es uns gelingen, dass wir die Themen der Artikelserie für die-

ses Infoblatt mit den politischen Vorgängen von heute verknüpfen, wohl auch im Sinne der Hauptversammlung vom 21. April. Wenn ich mir den Titel „Schließen wir 'nen kleinen Kompromiss ...?“ anschau und dann an das Problem „Osttangente“ denke, möchte man meinen – nichts leichter als das. Oder eher – nichts schwerer als das? Vielleicht wäre das schon ein erstes Thema der Artikelserie.

Wilfried Maier

Die Projektgruppe Analyse wird den Gesamtbericht über Ergebnisse der Mitgliederbefragung in der 1. Juliwoche dem Bezirksvorstand übergeben. Der Bericht wird auch Schwerpunkte und Vorschläge für die Erarbeitung von Schlussfolgerungen für die künftige Arbeit und innerparteiliche Entwicklung der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf enthalten.

Um eine intensive und streitbare Diskussion der Mitglieder und der Gremien unseres Bezirksverbandes unter der Führung des Bezirksvorstands zu befördern, wird „Marzahn-Hellersdorf links“ nach den Sommerferien eine ausführliche Zusammenfassung des Berichts veröffentlichen.

Letzte Sitzung des Bezirksparlaments vor der Sommerpause

Bezirksverordnetenversammlung ehrt Jurek Becker

An diesem BVV-Donnerstag wurden die Verordneten von mehr als 50 jungen und älteren Menschen lautstark empfangen, die sich um den Bestand der Planstellen für fest angestellte LehrerInnen an der bezirklichen Musikschule sorgten. Eindrucksvoll machten sie deutlich, dass die Musikschule eine bedeutende Bildungs- und Kultureinrichtung in Marzahn-Hellersdorf ist und weit über den Bezirk hinausstrahlt.

Stefan Komoß (SPD), Bezirksstadtrat für Bildung, Kultur und Sport, machte in der Bürgerfragestunde deutlich, dass er das Angebot der Musikschule in jedem Fall erhalten möchte. Jedoch sei es aufgrund der geringen Einnahmen der Musikschule notwendig, in einigen Fällen Honorarkräfte anstelle von fest angestellten Lehrkräften zu bevorzugen. Die Fraktion DIE LINKE stellte bereits im Ausschuss klar, dass sie diesen schmerzlichen Schritt prüfen wird, aber sich vor allem für den Erhalt des Angebotes einsetzen wird.

Bezirksstadträtin Manuela Schmidt (DIE LINKE) berichtete, dass ihr bislang noch keine Unterschrift der zuständigen Senatsverwaltung für die Bauplanunterlagen zur Instandsetzung des Freizeitforums Marzahn vorliegt. Somit verzögert sich der Baubeginn. Die befürchteten Kürzungen bei den Hilfen zur Erziehung wurden nach Protest aller Berliner JugendstadträtInnen von der Senatsverwaltung für Finanzen zurückgenommen. Der amtierende Finanzstadtrat Stefan Komoß übergab der BVV den Haushaltsplanentwurf für den Doppelhaushalt 2008/09 zur Beratung und Beschlussfassung.

Der Entwurf umfasst ein Budget von 250 Mio. Euro, von denen 5,5 Mio. als sog. pauschale

Minderausgaben allerdings noch untersetzt, d.h. eingespart werden müssen.

Der mit dem Entwurf übergebene Vorschlag zur Untersetzung dieser pauschalen Minderausgaben enthält beträchtliche Einschnitte in die sozio-kulturelle Infrastruktur. Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt im August und September 2007. Darüber hinaus informierte Komoß die Bezirksverordneten über den Stand zur Erarbeitung eines neuen Konsolidierungskonzepts, das zeitgleich zum Doppelhaushalt beraten und beschlossen wird.

Vertreten den Bezirk beim Landesparteitag:

Delegierte:

Brauer, Wolfgang
Ehlert, Hilka
Flierl, Thomas
Friederici, Horst
Girnus, Wolfgang
Hiller, Gabriele
Matschenz, Ingrid
Metwally, Hassan
Pohle, Dagmar
Preußner, Erika
Roloff, Eberhard
Schilling, Renate
Schmidt, Sabine
Seichter, Norbert
Tielebein, Björn
Wagner, Heide-Lore
Wechselberg, Carl
Zilch, Dorle

Ersatzdelegierte:

Kämpfer, Petra
Kiesbauer, Sonja
Kittler, Regina
Maier, Wilfried
Meinecke, Bodo
Schmidt, Kurt
Wermke, Petra

Die Delegierten und Ersatzdelegierten wurden auf der Hauptversammlung am 22.6. gewählt.

Delegierte der LAG Steuerpolitik:

Held, Leonore
Lehmann, Bernd-
Rüdiger

Die Bürgermeisterin informierte auf Anfrage der LINKEN über die Umsetzung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS). Insgesamt werden in Berlin ca. 2300 Arbeitsplätze anstelle der Zahlung von ALGII für Langzeitarbeitslose vom Land geschaffen.

Leider erst ganz zum Schluss wurde auf Antrag der LINKEN, der Bündnis-Grünen und der SPD ein Antrag verabschiedet, wonach der bekannte Schriftsteller Jurek Becker (Buch: „Jakob der Lügner“) durch eine Straßen- oder Platz-Benennung geehrt werden soll.

Björn Tielebein

Aus dem Bezirksvorstand

Die Linke.PDS und die WASG sind zur LINKEN fusioniert. Beide Doppel-Parteitage in Berlin (unter aktiver und passiver Teilnahme von Marzahn-Hellersdorfern) waren emotional motivierend, aber vordergründig aufwändige Verwaltungsakte. Auch zu unserer Hauptversammlung am 22.6. – wir benötigten fast das Doppelte der geplanten Zeit – zeigte sich die Kompliziertheit der neuen bundeseinheitlichen Wahlordnung, die zur Wahl der Landesparteitagsdelegierten angewandt wurde. Delegiert sind neben den 18 mit Mandat des Bezirksverbandes außerdem Leonore Held und ich (für die LAG Steuerpolitik). Leider gelang es im Bezirksverband, lediglich ein Drittel der laut Satzung vorgesehenen Ersatzmandate zu besetzen (ständige Delegierte mit beratender Stimme – die bei Abwesenheit eines Stimmberechtigten sofort dessen Stimmrecht ausüben). Der Herbst wird die Neubildung des Bezirksverbandes – Wahlen eingeschlossen – beinhalten und den Beginn der Debatte um ein Parteiprogramm für DIE LINKE.

Die Bundessatzung der LINKEN erfordert mit ihren strengen normativen Kriterien, dass sich alle IG, AG, Plattformen und anderen Zusammenschlüsse bis zum Jahresende (der Bestandsschutz endet am 31.12.2007) neu aufstellen, um anerkannt werden zu können. Der BV beschloss am 12.6. die Bildung des Linken Wirtschaftsforums Marzahn-Hellersdorf als bezirklichen (=Kreisverband der LINKEN.) Zusammenschluss. Dieser steht allen Interessierten (auch Nichtmitgliedern der LINKEN) offen und wird eigenständig lokal agieren. Das LWF-MH wird mit seinen Aktiven gelistet als loser Bestandteil der LAG Steuerpolitik, diese wiederum als Landes-AG der Bundes-AG Wirtschaftspolitik. Lange in Vorbereitung ist die am 12. Juli stattfindende Basiskonferenz zur Geschichtsdebatte.

Bernd-R. Lehmann

Info-Splitter aus dem Bezirk

Am 9. Juli 2007 wird der Ersatzbau der Kaulsdorfer Brücke durch Senatorin Ingeborg Junge-Reyer für den Verkehr freigegeben. Allerdings können zunächst nur PKW, Fahrräder und Fußgänger die Brücke benutzen, da die zuführenden Straßen noch nicht fertig sind. Der weitere Bau der zuführenden Straßen verzögert sich allerdings, da noch nicht alle benötigten Grundstücke angekauft werden konnten. Zum Thema Ausbau Gutenbergstraße wird auch erst im VI. Quartal die angekündigte Einwohnerversammlung stattfinden.

Die Arbeiten im Dorfkern Kaulsdorf zur Straßen- und Gehwegverbesserung sind erst einmal abgeschlossen. Das Bezirksamt plant jedoch die Fortsetzung der notwendigen Maßnahmen und wird diese in Angriff nehmen, sobald das finanziell möglich ist.

Der Beschluss der BVV zur Erstellung eines Straßenkatasters ist bisher nicht umgesetzt worden. Das Bezirksamt verweist zum wiederholten Male darauf, dass für die Erarbeitung eines solchen Katasters kein Personal zur Verfügung steht.

Am 15. Mai 2007 hat sich der Kulturbeirat des Bezirkes aus Vertreterinnen und Vertretern freier Träger, wie zum Beispiel der Alternativen Bibliothek Hellersdorf, des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf (Wolfgang Brauer), des Fördervereins für das Gutshaus Mahlsdorf, des Theaters am Park, der Agrarbörse und von Künstlerinnen und Künstler, u.a. Barbara Kellerbauer, konstituiert, Ute Thomas (DIE LINKE) als Vorsitzende des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport gehört dem Beirat als nicht stimmberechtigtes Mitglied an.

Renate Schilling

Dagmar Pohle: 28.6.2007 - Ein ganz normaler Arbeitstag

Als ich morgens nach einer kurzen Nacht am Frühstückstisch sitze und einen Blick in die „Berliner Woche“ werfe, bleibt mir die Schrippe im Hals stecken. Wie kommt „hari“ dazu zu schreiben, dass es keinen Bürgerhaushalt mehr geben würde in Marzahn-Hellersdorf. Genau das Gegenteil hatte ich ihm am Rande eines Pressegesprächs gesagt und erläutert, wie das Bezirksamt Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsplanaufstellung und Diskussion beteiligen wird. Ich ahne, dass es Ärger wegen des Artikels geben wird, und als ich 15 Stunden später wieder zu Hause an meinem Computer sitze, finde ich eine E-Mail aus der Geschäftsstelle der LINKEN mit einem anderen Artikel, der sich genau auf die Botschaft der Überschrift in der „Berliner Woche“ bezieht. Einen Anruf dazu hatte ich weder aus der Geschäftsstelle noch vom Autor.

Dann hat mich der Arbeitsalltag fest im Griff. Vorbereitung der nächsten Trägervertretung, Abstimmung zu den in der nächsten Woche stattfindenden Einwohnerversammlungen zum Haushalt 2008/2009, Beratung mit dem Bezirksstadtrat für Wirtschaft zum Abschluss eines Wirtschaftsförderprojektes und eine Diskussion zum Stand der Vorbereitung der

SeniorenBVV und die Überlegung, die über-nächste kommunale Gesundheitskonferenz zur ambulanten medizinischen Versorgung in Marzahn-Hellersdorf vorzubereiten.

Dann geht es in die Mehrower Allee zum Geschäftshaus der WBG Marzahn. Gemeinsam mit den Vorständen von DEGEWO und STADT UND LAND stelle ich ein neues Unternehmen, die SOFIA GmbH vor. Nach zwei Jahren Vorbereitung, die auch begleitet wurde durch fachkundigen Rat aus dem Netzwerk im Alter und dem Leiter der Plan- und Leitstelle, wird sie Betreuungsleistungen für Ältere und Hilfebedürftige anbieten. Bei einem Gespräch mit einer Mieterin, die vor wenigen Wochen eine altersgerecht sanierte

und umgebaute Wohnung nahe der Ringkolonnen bezogen hat, erfahre ich, wie wohl sie sich fühlt und dass es gerade auch das erwar-

tete Angebot eines speziellen Betreuungsservice war, das sie überzeugt hat, noch einmal umzuziehen. Der nächste Termin findet nur wenige Minuten entfernt statt. Kinder und ihre Begleiterinnen aus dem Kinder- und Jugendhilfzentrum aus Marzahn-Mitte haben mich in die Lehrküche der Thüringen-Oberschule eingeladen. Hauptgast ist aber Herr Olitzsch, Geschäftsführer der im Gewerbegebiet angesiedelten „Bäckerei FEIHL“. Er unterstützt seit dem vergangenen Jahr finanziell und mit immer wieder seine KundInnen ansprechenden Aktionen



Rede und Antwort stehen gehört für die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle zum täglichen Geschäft, wie hier auf der Hauptversammlung der Linkspartei im April dieses Jahres.

Foto: Y. Rami

die Arbeit des Kinder- und Jugendhilfzentrums. So finanziert er den Kauf der Lebensmittel und Personalkosten, damit Kinder lernen, was alles dazu gehört, bis ein fertiges Gericht auf dem Tisch steht und verzehrt werden kann. Und nach großem Gewusel von 11 Kindern im Grundschulalter in der Lehrküche werden wir mit gefüllten Paprikaschoten und Gnocchi überrascht. Mein Korb voller exotischer Früchte wird von den Kindern gern in Besitz genommen, manche haben sie bisher weder gekannt noch gekostet.

Bevor es zur BVV geht, gibt es noch ein Abstimmung mit dem amtierenden Finanzstadtrat zum weiteren Vorgehen bei der Erarbeitung eines neuen Konsolidierungskonzeptes, zu dem wir vom Finanzsenator verpflichtet wurden, denn noch drücken den Bezirk Altschulden und engen unseren kommunalen Handlungsspielraum ein. Empfangen werden wir im Freizeitforum Marzahn von jungen MusikerInnen, die an der Musikschule lernen und ihren Eltern und LehrerInnen. Sie protestieren gegen den Plan des Bezirksamtes, einen Teil der festen Lehrerstellen zu streichen und durch Honorar-lehrerInnen zu ersetzen. Der Zorn ist verständlich, wir hören Musik und führen viele Gespräche. In der nachfolgenden BVV findet die erste Lesung des Haushaltsplanentwurfes statt, er ist in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Eine Forderung, mit der das Bezirksamt von den Fraktionen der demokratischen Parteien seit der Neukonstituierung konfrontiert war und der sie sich gestellt hat. Nun sind die BVV mit ihren Fachausschüssen aber auch die Bürgerinnen und Bürger gefragt. Denn nächste Woche wird es erstmalig eine hoffentlich alle Haushalte erreichende öffentliche Darstellung des Haushaltsplanentwurfes geben. Die Diskussion ist eröffnet.

Wem gehört die Stadt?

Im April gaben Minister Tiefensee und Bürgermeister Wowereit (beide SPD) Erstaunliches bekannt: Das „Stadtschloss“ wird ab 2010 gebaut. Es kostet nur 480 Millionen Euro. Berlin gibt 32 Mio. und „darf“ dafür 5.000 m² von insgesamt 36.200 „landeseigen kulturell nutzen.“ Natürlich gehen wir in die Vorfinanzierung der scheinbarrocken Micky-Mouse-Fassade. Der Fassendenverein hat noch nicht einmal ein Viertel der versprochenen Gelder zusammen. Der hässliche Unsinn bleibt am Steuerzahler hängen. Wenigstens schafft das Arbeitsplätze bei den Steinmetzen. Am 26. Juni wurde das Ganze vom Senat abgesegnet. Die vorherigen heftigen Debatten und langwierigen Versuche der Linken, hier eine solide Position zu finden, wurden ignoriert. Unsere Fraktion befasste sich sinnloserweise erst nach dem Senatsbeschluss mit dem Thema.

Was ist das Problem? Die Mitte der Stadt wird mit einem teuren Klotz zugestrichelt, den niemand so richtig gebrauchen kann, der auch nicht optimal für die Hauptnutzung des Gebäudes sein wird. Hauptsächlich wird das Ding Museum werden. Wowereit, Tiefensee und einige Linkspolitiker behaupten zwar, das alles wäre eine „für Berlin sehr günstige Lösung“, aber beweisen können sie es nicht. Der einzige, der Klartext redet, ist der Präsident der Preußenstiftung, Prof. Dr. Lehmann. Er sprach von einer „verlängerten Museumsinsel“. Die Stiftung wird dort die Dahlemer Sammlungen unterbringen. Die sind faszinierend und ich freue mich darauf, sie in der City wiederzusehen. Aber eine Stadt, die ihre Mitte fast ausschließlich über

ein Museum mit verkitschter Fassade (auf der Insel selbst konnte die Stiftung solchen Unsinn abwehren) definiert, vertraut nicht auf ihre Lebensfähigkeit. Das Alltagsleben der Bürger soll offenbar aus diesem Bereich ferngehalten werden. Unser Vorschlag war, die Museen zu ergänzen durch ein großzügiges Raumprogramm für die Berliner Landesbibliothek. Die gehört zu den großen Bibliotheken Europas (3,2 Millionen Medieneinheiten), ist völlig widersinnig auf zwei Standorte aufgesplittert und platzt aus allen Nähten. Ursprünglich sollte die Bibliothek 24.000 m² erhalten, jetzt sind 4.000 m² übrig geblieben. Mit verlogener Englisch wird das „teaching library“ genannt. Dabei ist es eine Bankrotterklärung Berlins, die in ihrer Peinlichkeit kaum zu überbieten ist. Die Zukunft der ZLB ist wortwörtlich verbaut. Die Stadt erhält ein Schloss, das sie nicht braucht. Die Folgepläne für die „Wiederherstellung“ der Innenstadtviertel in den Grundrissen der 60er (!!!) Jahre des 19. Jahrhunderts liegen in den Schubladen. Die Herrschenden blicken fröhlich zurück und das Volk darf zahlen.

Und die Linkspartei? Die Fraktionsvorsitzende und Senator Wolf hatten schon vor dem 23. April zugestimmt. Es hat nur keiner gewusst. Der Koalitionsvertrag wurde mittels Telefonat umgeworfen und so nebenbei das Haushaltsrecht des Parlamentes ausgehebelt. Das darf 2012 entscheiden. Aber dann steht alles schon fest. Nämlich seit 2007. Nur der Endpreis nicht. Das Ding wird sehr viel teurer werden.

Wolfgang Brauer (MdA)

Aus dem Siedlungsgebiet: Für schnelleren Anschluss an das Abwassernetz!

Im Juni 2007 hat DIE LINKE gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD in das Berliner Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, nach dem der Großteil der noch nicht an das Abwassernetz Berlins angeschlossenen Siedlungsgebiete bereits bis zum Jahre 2012, spätestens aber bis zum Jahr 2015 angeschlossen werden soll.

Die Fraktion der Linkspartei in der BVV hatte bereits im März 2007 das Bezirksamt zum Stand der Umsetzung des Anschlusses des Siedlungsgebietes an das Berliner Abwassernetz befragt. Dabei ging hervor, dass in unserem Bezirk 1.126 Grundstücke, ausschließlich in Mahlsdorf-Nord, vorläufig nicht an das Berliner Abwassernetz angeschlossen werden.

Mit dem jetzigen Antrag der Koalitionsfraktionen ist zugleich das Vorziehen der notwendigen Investitionsplanungen des Landes Berlin und der Wasserbetriebe beantragt worden. Wenngleich die Investitionen des Landes Berlin und der Wasserbetriebe zu einem erfreulich hohen Anschlussgrad von 99,5 Prozent der Grundstücke geführt haben, so wird der jetzige Zustand in Mahlsdorf-Nord den Erfordernissen einer stark steigenden Siedlungsdichte nicht mehr gerecht. Mit dem jetzigen Antrag der Koalitionsfraktionen LINKE und SPD wird die Grundlage für eine schnellere Anbindung an das Kanalisationsnetz ermöglicht. Die bisherige Nutzung der Abwassergruben und der Abtransport der Fäkalien durch Spezialfahrzeuge führen zur Beschädigung von Straßen und zu erheblichen Umweltbelas-

tungen. Zugleich entstehen den Grundstücksnutzern ungleich höhere Kosten, als wenn sie an die Kanalisation angeschlossen wären. Hier haben wir bereits im Monat März 2007 das Bezirksamt ersucht, gegenüber dem Land Berlin bis zum Anschluss an die Kanalisation für eine Kostenabsenkung für die betroffenen Eigentümer einzutreten. Die Linksfraktion in der BVV setzt sich in einem Antrag im Juni 2007 für eine Verkehrsberuhigung der Straße „Feldrain“ zwischen „Am Rosenhag“ und der Mahlsdorfer Grundschule ein. Hier soll der BVV bis August 2007 ein Prüfergebnis zur Einrichtung einer Einbahnstraße vorgelegt werden. Auf einer Bürgerversammlung auf dem Langenbeckplatz am 18. Juni 2007 haben das Bezirksamt und Manuela Schmidt und Norbert Lütke, beide von der LINKEN, zur weiteren Auflösung eines Konfliktes zwischen Jugendlichen und Anwohnern des Langenbeckplatzes beitragen. Hier wurden eine Reihe von Bürgervorschlägen übernommen und weitere gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Ordnung und Sicherheit vorgeschlagen.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender in der BVV

Bei anderen gelesen: Zitat der Woche unter <http://zitate.net/>

**Jeder ist ein Mond
und hat eine dunkle Seite,
die er niemandem zeigt.**

Mark Twain

30.11.1835 - 21.04.1910

US-Schriftsteller

**Was wir wissen, ist ein Tropfen;
was wir nicht wissen, ein Ozean.**

Isaac Newton

04.01.1643 - 31.03.1727

brit. Philosoph und Mathematiker

Glückwunsch den „frisch“ Gewählten:

Am 30.6./1.7. hat sich der Landesverband Berlin der Partei DIE LINKE konstituiert. Auf diesem 1. Landesparteitag wurden folgende Marzahn-Hellersdorfer Mitglieder in diese Gremien gewählt:

Landesvorstand:

Sonja Kiesbauer
Hassan Metwally

Landesfinanz- revisionskommission:

Ilse Bieber

Landesschieds- kommission:

Erika Preußner
Eberhard Roloff

Als Abgeordnete unterwegs im Wahlkreis

An einem heißen Mittwochnachmittag im Juni war Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Mitglied des Abgeordnetenhauses, diesmal im Kontaktcafé der „Lebensnähe“ GmbH zur monatlichen Bürgersprechstunde vor Ort. Diese Gesellschaft engagiert sich vorrangig für psychisch kranke Menschen, das Café in der Allee der Kosmonauten 69 ist auch für die Bewohner in der Umgebung des Helene Weigel-Platzes ein Treffpunkt im Kiez. Bewohner waren mit Fragen da und auch die Geschäftsführung machte auf Probleme aufmerksam und bat die Abgeordnete, sich dieser anzunehmen, wie:

- Problem: Ärztezugang (Niederlassungsmöglichkeit jetzt überall in Berlin) und nicht mehr gesicherte Betreuung von psychisch Kranken, vor allem von Jugendlichen. Was kann man tun? Ärzte verpflichtet, war eine

Dieses „S“ bleibt rot!

Das Land Berlin verkauft die Landesbank Berlin und mit ihr die Marke Sparkasse für 5,3 Mrd. Euro an den Deutschen Sparkassen und Giroverband DSGV. Die Sparkasse bleibt damit in der Hand des öffentlichen Bankenlagers. Es ist der EU-Kommission und den privaten Banken nicht gelungen, die Berliner Bankenkrise zum Einfallstor für die Zugriff Privater Banken auf die Sparkasse zu machen. Eine gute Nachricht für Berlin, für die Beschäftigten der Landesbank, kleine und mittelständische Unternehmen und für die 1,9 Millionen Kunden der Berliner Sparkasse. Und eine gute Nachricht für die Linke und die rot/rote Landesregierung, die mit einem politisch und finanziell hervorragenden Ergebnis einen weitgehenden Schlussstrich unter den größten Bankenskandal in der deutschen Nachkriegsgeschichte ziehen kann. Der Kaufpreis für die Landesbank ist so hoch, dass die verbleibenden Lasten aus den skandalösen Immobilien- und Kreditgeschäften der Bankgesellschaft damit abgedeckt werden können. Berlin verliert das Eigentum an seiner Landesbank – ein schwerwiegender Vermögensschaden – kommt aber insgesamt mit einem blauen Auge davon. Hinter uns liegen damit fünf Jahre äußerst angestrengter Sanierungsarbeit mit außergewöhnlich ersten Entscheidungen. Darunter das „Ja“ zur Rettung der Bank vor der Insolvenz durch die „Risikoabschirmung“, die Entscheidung mehr als 1,7 Mrd. Euro Steuergeld in die Bank zu investieren, die Neufassung des Sparkassengesetzes und schließlich die erfolgreiche Durchführung des Vergabeverfahrens mit einem glücklichen Ausgang. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine schreiben dazu in ihrer Presseerklärung zum Verkauf: „DIE LINKE hält Wort: Sparkasse bleibt Sparkasse – es ist ein Erfolg des Regierungshandelns der Linken in Berlin, dass eine Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Sparkasse an eine Privatbank, einen Heuschreckenfonds oder über die Börse verhindert wurde.“ Gut für Berlin und gut für die LINKE.

Carl Wechselberg (MdA)

Forderung, eine andere, Ärzten besonders attraktive Möglichkeiten im Bezirk zu bieten, in Absprache (Regelung) mit der Ärztekammer.

- Beschäftigungsmöglichkeiten in Behindertenwerkstätten für psychisch Kranke: Gibt es jetzt welche, gibt es neue?

- Leichte Auftragsarbeiten dringend gesucht im Rahmen des ÖBS oder von Unternehmen etc.

Am Ende war Herr Val, der Geschäftsführer, sichtlich froh, durch dieses Gespräch mit der Abgeordneten des Wahlkreises eine Möglichkeit gefunden zu haben, auf aktuelle und akute Probleme aufmerksam zu machen. Für weitere Kontakte wurden verbindliche Vereinbarungen getroffen und Bärbel versprach, Partnerin bei der Wahrnehmung sozialer Verantwortung der „Lebensnähe“ GmbH im Bezirk zu sein.

Sabine Schwarz

Hier ist die **Linksjugend [´solid]** Marzahn-Hellersdorf

Weniger Unterricht - mehr Lernen

Nach PISA und dem Bericht des UN-Sonderberichterstatters Munoz hat jetzt auch die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes nicht nur gezeigt, dass in der BRD die Bildungschancen überdurchschnittlich stark an die soziale Herkunft gebunden sind, sondern auch, dass sich diese Verkopplung in den letzten Jahren noch weiter verstärkt hat. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Projekt der integrativen Gemeinschaftsschule noch weiter an Relevanz und Dringlichkeit.



Aus diesem Grund veranstalteten die Fraktionen der Linkspartei und der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf am 13. Juni eine gemeinsame Anhörung zur Gemeinschaftsschule im Bezirk. Nach einer kurzen Einleitung durch das Mitglied der Projektgruppe „Gemeinschaftsschule“ beim Bildungssenator, Lothar Sack, erhielten die anwesenden

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Schulen die Möglichkeit, Fragen zu stellen und eigene Vorbehalte sowie Erwartungen zu formulieren.

In der Diskussion zeigte sich bald, dass es trotz einiger Fragen und Zweifel ein großes Interesse an dem Projekt gibt. Dabei wurde deutlich, dass es mit dem Projekt nicht nur um eine andere Schul-Struktur geht, sondern dass es auch darum gehen muss, einen Perspektivwechsel in der Pädagogik zu erreichen. Dabei gab Lothar Sack das Ziel vor: „Weniger Unterricht – mehr Lernen“, d.h. die konsequente Einnahme der Perspektive der Schülerinnen und Schüler.

Dabei ist die integrative Gesamtschule, in der alle, die Starken wie die Schwachen, die „Normalen“ wie die von der „Norm“ abweichenden, gemeinsam lernen, nicht nur ein schulpolitisches, sondern auch ein gesellschaftspolitisches Projekt. Im Gegensatz zur relativen schulischen Homogenität im bisherigen selektiven dreigliedrigen Schulsystem können junge Menschen in der Gemeinschaftsschule endlich die Gesellschaft in ihrer ganzen Heterogenität kennen lernen. In einer Gesellschaft, die sozial immer stärker auseinanderdriftet, ist das ein notwendiger Schritt für eine lebenswerte Zukunft.

Hassan Metwally

Der neue Jugendverband

Am 20. Mai 2007 gründete sich der neue bundesweite Jugendverband der Linkspartei. Er heißt Die Linksjugend [´solid]. In diesem gemeinsamen Jugendverband gehen verschiedene Organisationen in und bei der LINKEN auf. Dazu gehören die WASG-Jugend, die Junge Linke.PDS sowie der parteinahe Jugendverband [´solid] - die sozialistische Jugend. Auf Landesebene steht die Gründung der Linksjugend [´solid] Berlin noch aus. Wir laden alle unter 35-jährigen Mitglieder der LINKEN und SympatisantInnen ein, den Gründungsprozess des Berliner Jugendverbandes der LINKEN mitzugestalten. Jedes Parteimitglied hat automatisch die Möglichkeit an Inhalten, Aktionen und Entscheidungen des Jugendverbandes mitzuwirken für eine angemessene Vertretung junger Leute in der Partei DIE LINKE.

Kontakt zur Linksjugend:

Geschäftsstelle DIE LINKE
Marzahn-Hellersdorf

Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

Internet: www.solid-mh.de
E-Mail: solid.ost@web.de

Treffen des Jugendverbandes jeden
Donnerstag um 18:30 Uhr (außer an
BVV-Tagen) in der Geschäftsstelle

Das „Tütchen“ ist angekommen

In Ausgabe 6/2007 dieses Infoblattes konnten die Leserinnen und Leser einen Beitrag finden, der sich kritisch mit einer Anfrage unserer Bundestagsfraktion zu möglichen Steuereinnahmen durch die Legalisierung von Cannabis-Produkten beschäftigte. Zugegebenermaßen erscheint dies ein wenig fragwürdig, wenn mensch diese Debatte nicht schon seit Jahren verfolgt. Ich möchte in diesem Beitrag einige Irrtümer klarstellen. Seit einigen Jahren setzt sich unsere Partei für die Legalisierung von Cannabis bzw. die Entkriminalisierung der KonsumentInnen ein. Dies resultiert aus der Erkenntnis, dass das bestehende Verbot einer objektiven Prüfung nicht standhält. Die gesundheitlichen Gefahren entsprechen denen, die ebenso bei akzeptierten Drogen wie Nikotin und Alkohol vorliegen.

Weiterhin hat das Landgericht Brandenburg festgestellt, dass die Kriminalisierung von Cannabis-KonsumentInnen nicht berechtigt ist. Auch lässt sich heutzutage keine spezifische Gruppe mehr feststellen, die Cannabis konsumiert. In breiten Schichten der Gesellschaft gilt: Das „Tütchen“ ist angekommen.

Als wichtigstes Argument für eine Freigabe von Cannabis sehe ich die Tatsache, dass wir einen verantwortungsbewussten Umgang mit Drogen nicht durch Verbote erwirken können. Ein vergleichbares Verbot von Alkohol, welches es in anderen Ländern bereits



zeitweilig gab, würde auch nicht zu weniger Konsum führen, sondern würde das Problem unsichtbar machen.

Die freie Entfaltung des Individuums muss im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Ich möchte, dass junge Menschen frühzeitig über die Gefahren von Drogenkonsum aufgeklärt wer-

den und lieber Nein als Ja sagen, aber die Entscheidung treffen die Menschen selbst. Kein Verbot hat bislang dazu geführt, ein besseres Bewusstsein für die Gefahren jeglicher Drogen zu bewirken.

Die Anfrage der Fraktion sollte nur ein Argument für eine Legalisierung untermauern, und es war zugegebenerweise nicht das Beste, aber dies nun mit Waffenhandel zu vergleichen, ist äußerst unredlich. Weiterhin hat niemand in dieser Diskussion je davon gesprochen, Drogen in der Kaufhalle als quasi Nascherei zu verkaufen. Beispiele wie die Niederlande zeigen, dass es sehr wohl möglich ist, geeignete Formen der Abgabe von Cannabis zu finden, ohne den Jugendschutz zu vernachlässigen. Dort darf Cannabis ausschließlich in so genannten Coffee-Shops erworben und konsumiert werden.

Für die neueLINKE sollten freiheitliche Grundrechte, die die individuelle Entwicklung der Persönlichkeit befördern, zum Markenzeichen werden. Gehen wir objektiv an diese Diskussion. Wir sind die Partei, die Aufklärung und Selbstbestimmung vor Verbote stellt.

Joern Tielebein

M - 26 - 7

Fiesta de Solidaridad

Sonnabend, 28. Juli 2007

14 - 21.30 Uhr

Stadtpark Lichtenberg (Parkaue)

(S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee
oder Tram M13, 16, 21 bis Rathaus Lichtenberg)

Kuba lebt und widersteht!

Ab 14 Uhr auf der Bühne:

Pichy y Son Batey (Musica Cubana), Bolivia Auténtica (Folklore aus Bolivien), in concert: **Chico Trujillo** (LatinSka), 17 Uhr, **flowinIMMO** (hiphopfunkreggae), 19 Uhr sowie Talk mit Gästen aus Kuba, Infostände, Solitombola (Hauptpreis: Flugticket nach Havanna), Kinderfest, Kulinarisches, Mojito y Cerveza u.v.m.,
22.30 Uhr: Aftershowparty in der „Linse“

www.cuba-si.org. / Infohotline: 24009455

**Allen, die Ferien haben
oder Urlaub machen -
gute Erholung wünscht
Marzahn-Hellersdorf links.**

Siegfrieds Frage

Viel Geld verpulvern ...

...die führenden Industriestaaten. Etwa 1,204 Billionen US-Dollar werden 2007 weltweit für militärische Rüstung und Einsätze ausgegeben. Davon verschleudern allein die USA 50 % und zusammen mit den übrigen NATO-Partnern sind es 70 % dieser gewaltigen Summe! Allein Afghanistan kostet die Deutschen jährlich 450 Mio. EUR. Der österreichische Bundeskanzler Gusenbauer (SPÖ) empfand es unlängst in der „Zeit“ als „... besonders folgenschwer, dass militärische Einsätze nach der Irak-Kriegs-Katastrophe generell und nachdrücklich diskreditiert sind. Es wird in Zukunft deutlich schwieriger sein, Interventionen zum Schutz von Menschenrechten und Menschenleben auf eine breite internationale Basis zu stellen.“

Frage

Wem nützt der aktuell neue Auftrag der deutschen Bundesregierung über 2,27 Mrd. EUR bei Thyssen-Krupp und der Friedrich Lürssen Werft zum Bau von vier Hightech-Fregatten F 125 für die Bundesmarine? **S.Scholz**

Bezirksvorstand

» 10.7., 24.7., 14.8., 28.8. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basiskonferenz

» 12.7., 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, zur Geschichtsdebatte

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 5.9., 20 Uhr (BO Wahlkreise 1 und 2) Alt-Marzahn 64
» 5.9., 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf
» 6.9., 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26
» 6.9., 19.30 Uhr (BO Wahlkreis 3) Alt-Marzahn 64
» 6.9., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» 28.7., ab 14 Uhr bei der Fiesta de Solidaridad in Lichtenberg (in der Parkaue), **Freundeskreis Cuba**
» 20.9., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

BVV-Fraktion

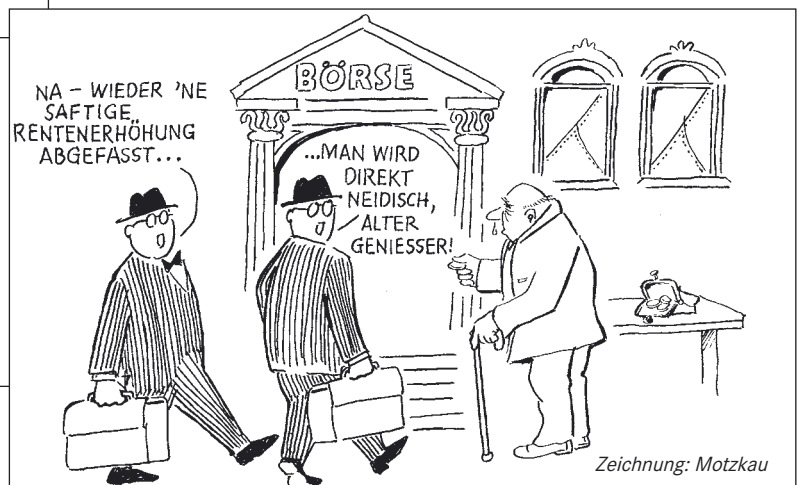
» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE.PDS** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312): Mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54 43 18 90

Rentensprechstunde

» 16.7., 6.8., 20.8., 3.9. jeweils 10-12 Uhr in den Räumen des ver.di-Kieztreffs in den Ringkolonnaden, Mehrower Allee 28/30, Hilfe beim Antragstellen, Umgang mit Bescheiden

Fragen zu Hartz IV, ALG II?

» **wieder ab 23.8. jeden Donnerstag** von 13 - 15 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Hilfe zu ALG-II-Anträgen und -Bescheiden.



Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5 41 21 30/9 95 35 08 - fax: 99 90 15 61)

Offen: Dienstag 9 - 17 Uhr, Donnerstag 9 - 19 Uhr,
Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: Während der Monate Juli und August ist montags und mittwochs **nicht** geöffnet

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 030-5 41 21 30/9 95 35 08, fax: 030-99 90 15 61.

Internet: www.pds-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: marzahn-hellersdorf@linkspartei-berlin.de

Redaktionsschluss: 2.7.2007. Auslieferung ab: 3.7.2007. **Druck:** Eigen-
druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen
und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben
erscheinen am 6.9. und 4.10.2007.